

F3

Titel Keine Zusammenarbeit mit dem Erdogan-Regime

AntragstellerInnen Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an

Keine Zusammenarbeit mit dem Erdogan-Regime

1 Historisch gesehen sind die deutsch-türkischen Beziehungen besonders eng verflochten, nicht zuletzt durch
2 die ca. 3 Millionen in Deutschland lebenden Menschen türkischer Herkunft, die beide Länder in verschiedens-
3 ten Bereichen, von der Wirtschaft, über den Tourismus hinzu Hochschulkooperationen, eng aneinanderbin-
4 den. Gleichzeitig bestehen die deutsch-türkischen Beziehungen in den vergangenen Jahren nur unter immen-
5 sen Spannungen weiter: Sei es die lang überfällige Anerkennung der Massentötung an den Armeniern als
6 Völkermord durch den Bundestag 2016 und ein anhaltender Rassismus in Deutschland oder die fortlaufende
7 Inhaftierung von deutschen Journalisten und die generelle Entwicklungstendenz der AKP unter Erdogan. Aus
8 dieser Sicht fordern wir eine grundsätzliche Neuausrichtung der Türkeipolitik der BRD: Wichtig ist hierbei für
9 uns, dass der bilaterale Gesprächsfaden nicht gänzlich abreißen darf und dass es gerade jetzt von großer Be-
10 deutung ist, an der Seite der progressiven und oppositionellen Kräfte in der Türkei zu stehen und mit ihnen
11 für mehr Demokratie und Rechtstaatlichkeit zu kämpfen.

12 Wir fordern, dass:

13 1. Wir Jusos verurteilen das militärische Vorgehen der türkischen Regierung gegen die kurdischen Autono-
14 miegebiete und fordern die sozialdemokratischen Fachpolitiker*innen und das sozialdemokratisch geführte
15 Außenministerium dazu auf, darauf hinzuwirken, dass die Türkei das Blutvergießen unverzüglich beendet. Wir
16 zeigen uns solidarisch mit den Angegriffenen.

17

18 Die SPD muss sich für ein Ende der Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung in Deutschland und
19 Europa einsetzen. Hierzu müssen alle geltenden Verbote kurdischer Organisationen in der Bundesrepublik
20 aufgehoben werden.

21 Während die Kämpfer*innen der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) medial für ihren ent-
22 schiedenen Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat bejubelt werden, wurde in Deutschland das
23 Zeigen ihrer Fahnen 2017 teilweise verboten. Die Verfolgung von antifaschistischem und emanzipatorischem
24 Engagement muss beendet werden.

25

26 2. Die sozialdemokratischen Minister*innen der Bundesregierung sich für die Aufhebung des sog. "Flüchtlings-
27 abkommens" mit der Türkei einsetzen

28

29 3.

30 a) Stopp aller bereits genehmigten Rüstungsexporte an die Türkei

31 b) Keine Genehmigung von Rüstungsexporten an die Türkei

32

33 4. Die Anstrengung einer Staatenbeschwerde nach Art. 33 EMRK, um eventuelle Verstöße gegen das Folterver-
34 bot untersuchen zu können.

35 5. Ähnlich wie bei anderen autoritären Staaten scheint es deutsche Unternehmen kaum zu stören, welche
36 politische Entwicklungen in dem jeweiligen Land von Statten gehen, solange ein Markt gegeben ist. Dieser
37 Markt wird zu Teilen durch sogenannte Hermes-Bürgschaften verstärkt. Hermes-Bürgschaften bedeuten, dass
38 der deutsche Staat im Fall einer Zahlungsunfähigkeit auf türkischer Seite für die exportierenden Unternehmen
39 einspringt. Wir fordern daher ein Einfrieren der Hermes-Bürgschaften für die Zeit der Spannungen, damit
40 deutsche Unternehmen nicht unproblematisch und vom deutschen Staat unterstützt in die Türkei investieren.
41 Es sollen Maßnahmen ergriffen werden, die die türkische Regierung sanktionieren, nicht aber der türkischen
42 Bevölkerung schaden.

43 6. Weiterhin keine Gespräche über die Vertiefung der EU-Zollunion mit der Türkei, insbesondere solange die
44 Unterdrückung der ethnischen, politischen und religiösen Minderheiten in der Türkei kein Ende findet und
45 keine erheblichen Fortschritte in der friedlichen Aussöhnung mit den Kurd*innen in der Türkei und in Syrien
46 zu verzeichnen sind.

47 7. Die SPD sich solidarisch mit den progressiven Kräften in der Türkei zeigt und konkrete Unterstützung der
48 CHP und HDP, sowie weiteren progressiven Institutionen in der Türkei anbietet. Wir wissen um die missliche
49 Lage der oppositionellen Parteien in der Türkei und der Einschränkungen ihrer politischen Arbeit im Alltag,
50 indem u.a. Genossinnen inhaftiert und eingeschüchtert werden. Wir fordern nicht nur die sofortige Freilas-
51 sung, sondern müssen unsere Solidarität auch leben. Unsere Unterstützung für die Genoss*innen sowie das
52 Aufmerksammachen auf ihre Unterdrückung muss deshalb auf allen Ebenen und zu jeder gegebenen Zeit
53 erfolgen.

54 Konkret fordern wir u.a.:

55 1. Mehr Schüler*innenaustausche, mehr gemeinsame FSJ-, Studierenden- und Azubiprogramme und die För-
56 derung der Zusammenarbeit der verschiedenen Vereine, Gewerkschaften, Kommunen und Regionen,

57 2. den Ausbau der vorhandenen Austauschprogramme,

58 3. Intensivere Ausgestaltung der zivilgesellschaftlichen Beziehungen

59 Diese Gespräche haben zum Ziel, die progressiv-oppositionellen Kräfte zu stärken.

60 8. Die Bundesregierung setzt sich für einen Abzug der türkischen Besatzungstruppen in Nord-Zypern sowie
61 einen konstruktiven Dialog zwischen Zypern, Griechenland und der Türkei ein, um eine Lösung der Zypernfrage
62 zu erwirken. Dies hat unter dem Dach der Vereinten Nationen zu geschehen. Daneben soll die Friedensmission
63 UNFICYP parallel fortwährend verlängert werden.